



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) › **Vor dem „Europäischen Tag gegen Menschenhandel“ / Bayerns Justizminister Eisenreich besucht Fachtagung der Beratungsstelle JADWIGA im Münchner Justizpalast / Eisenreich: „Wir müssen Frauen vor Gewalt und Ausbeutung schützen.“**

# Vor dem „Europäischen Tag gegen Menschenhandel“ / Bayerns Justizminister Eisenreich besucht Fachtagung der Beratungsstelle JADWIGA im Münchner Justizpalast / Eisenreich: „Wir müssen Frauen vor Gewalt und Ausbeutung schützen.“

18. Oktober 2022

Morgen (18. Oktober) ist der „Europäische Tag gegen Menschenhandel“. Die Fachberatungsstelle JADWIGA tagte einen Tag zuvor (17. Oktober) im Münchner Justizpalast – eine Veranstaltung im Rahmen des EU-Projekts „Transnationale Initiative gegen Menschenhandel im Kontext des Europäischen Asylsystems“. **Der Vorsitzende der 93. Justizministerkonferenz und bayerische Justizminister Georg Eisenreich** sagte bei seinem Besuch: "92 Prozent der Opfer von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung sind Mädchen und Frauen, nahezu ein Viertel aller Opfer Kinder. JADWIGA hat im vergangenen Jahr allein in Bayern 243 Frauen geholfen, die von Menschenhandel, Zwangsprostitution oder Zwangsheirat betroffen waren. Für Ihren großen Einsatz in diesem auch persönlich sehr belastenden Bereich möchte ich Ihnen von Herzen danken. Wir müssen Frauen vor Gewalt und Ausbeutung schützen."

Bei der Fachtagung diskutierte die **Leiterin der Fachberatungsstelle, Dr. Adina Schwartz**, mit den Expertinnen und Experten über ein verbessertes europaweites Hilffssystem für die von Menschenhandel betroffenen Personen. Neben Hilfe und Unterstützung der Opfer bedarf es aber auch der konsequenten Verfolgung der Täter. Die bayerische Justiz geht entschlossen gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution vor. **Minister Eisenreich**: "Wir setzen uns auch auf rechtspolitischer Ebene konsequent für Verbesserungen ein. So wurde erst vor einem Jahr eine Gesetzesverschärfung in Berlin beschlossen, mit der Freier leichter für das Leid der Frauen zur Verantwortung gezogen werden können. Bayern hat sich lange dafür eingesetzt. Die Justizministerkonferenz hat dieses Frühjahr auf Antrag von Bayern und Niedersachsen den Bund aufgefordert, bestehende Schutzlücken bei der Bekämpfung von Menschenhandel zu schließen und die derzeitigen Regelungen klarer zu gestalten. Auch die Ermittlungsstrukturen habe ich verstärkt, beispielsweise mit der Spezialabteilung „Menschenhandel, Zwangsprostitution und Zuhälterei“ bei der Staatsanwaltschaft München I."

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

